

Die Wucht des Marktes

Wie stabil ist Rawls' Modell der Eigentumsdemokratie?

*Finn Starken**

Schlüsselwörter: Rawls, Eigentumsdemokratie, Markt, Institutionen, Gerechtigkeitssinn

Abstract: John Rawls machte früh klar, dass sein Ideal einer gerechten Gesellschaft nicht mit der kapitalistischen Form des Wirtschaftens zu vereinbaren ist. Stattdessen schwebte ihm das Modell einer Eigentumsdemokratie vor: eine Marktwirtschaft, die jedoch das Eigentum an den Produktionsmitteln breit verteilt. Dieser Artikel widmet sich der Rolle des Marktes in einer Eigentumsdemokratie. Da Rawls einen neoklassischen Markttypus nutzte, kaufte er die kapitalistischen Merkmale des Marktes mit ein: den Eigensinn und die Konkurrenz, das gegenseitige Übertrumpfen und Ausstechen. Die These lautet, dass diese Merkmale die Bürger:innen daran hindern, ihren Gerechtigkeitssinn zu entwickeln. Dieser Vorwurf wiegt schwer, denn eine gerechte Gesellschaft nach Rawls kann nur dann bestehen, wenn ihre Mitglieder im täglichen Umgang mit den Institutionen einen Gerechtigkeitssinn ausbilden, der sie dazu befähigt, einander zu unterstützen und zu vertrauen. Der Gerechtigkeitssinn ist eine grundlegende Bedingung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dass die Institution des Marktes der Entwicklung des Gerechtigkeitssinns entgegensteht, erzeugt einen Widerspruch in Rawls' Idealtheorie.

Abstract: Early on, John Rawls stated that his ideal of a just society could not be achieved within a capitalist economy. Instead, he preferred a property-owning democracy: a market economy that ensures that the ownership of the means of production is broadly distributed amongst its people. This essay discusses the role of the market within such a property-owning democracy. Rawls envisioned a neoclassical type of market, thereby maintaining capitalist features: obstinacy and competition, rivalry and ruthlessness. The central thesis of this paper is that these capitalist properties prevent citizens from developing their own sense of justice. This is a serious accusation because, according to Rawls, the condition for a just society to exist is that the citizens develop that sense of justice while dealing with institutions, thus enabling themselves to support and trust each other. A well-developed sense of justice is a fundamental requirement for social cohesion. The assumption that the institution of the market prevents the citizens from developing that sense of justice implicates a contradiction within Rawls' ideal theory.

* Finn Starken
Kontakt: finn.starken@gmx.de

1. Einleitung

Das politische Denken von John Rawls wird häufig missinterpretiert.¹ Eng mit dem Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit verknüpft, wird insbesondere die *Theorie der Gerechtigkeit*² als Verteidigung des kapitalistischen Wohlfahrtsstaats verklärt (vgl. Allen 2020; Forrester 2019). Doch diese Reduktion ist unzutreffend. Bereits in der *Theorie* merkt Rawls an, dass er eine wohlgeordnete Gesellschaft – seinen Idealentwurf einer gerechten Gesellschaft – nicht als eine kapitalistisch wirtschaftende begreift (vgl. Rawls 1975: 514). In *Gerechtigkeit als Fairneß* unterstreicht er, dass seine Gerechtigkeitsprinzipien nur mit zwei Wirtschaftssystemen zu vereinbaren sind: dem einer Eigentumsdemokratie und eines liberalen Sozialismus. Bei beiden handle es sich explizit nicht um kapitalistische Gesellschaften (vgl. Rawls 2003: 211, 215), da die Eigentumsdemokratie ihre Produktionsmittel zwar in private Hände legt, aber fair verteilt, und der liberale Sozialismus die Produktionsmittel vergesellschaftet (vgl. ebd.: 216). Die Eigentumsdemokratie verliere demnach genau deshalb ihren kapitalistischen Charakter, weil sie eine egalitäre Verteilung der Produktionsmittel an ihre Mitglieder garantiert, wemgleich sie privates Eigentum an den Produktionsmitteln und Lohnarbeit zulässt.

Es wäre fahrlässig, Rawls' Absage an den Kapitalismus nicht ernst zu nehmen, da sie einen spannenden Blick auf dessen politischen Liberalismus eröffnet. Schließlich sind liberale Gerechtigkeitstheorien, die kapitalistisches Wirtschaften *ex ante* ausschließen, durchaus rar. Deshalb verwundert es nicht, dass um diese Lesart ein fruchtbarer Diskurs entstanden ist (vgl. O'Neill/Williamson 2012), an den der vorliegende Aufsatz anzuschließen versucht. Vor allem die Frage, ob eine wohlgeordnete Gesellschaft eher als Entwurf einer Eigentumsdemokratie verstanden oder Rawls als ‚heimlicher Sozialist‘ (Edmundson 2017) gelesen werden sollte, wurde in den vergangenen Jahren breit diskutiert (vgl. Thomas 2017).

Hier ist zunächst festzuhalten, dass nach Rawls die Entscheidung zwischen Eigentumsdemokratie und liberalem Sozialismus „an die historischen Umstände der Gesellschaft, an ihre Traditionen des politischen Denkens [und] der politischen Praxis“ (Rawls 2003: 216) anzuknüpfen hat. Welche Staatsform eine wohlgeordnete Gesellschaft letztendlich annehme, hänge von ihren individuellen Voraussetzungen ab. Rawls war der Auffassung, dass die wirtschaftlichen und soziokulturellen Traditionen in liberalen Demokratien mehr zu einer politischen Ökonomie passen, die das private Eigentum an Produktionsmitteln akzeptiert (vgl. Edmundson 2017: 48). Daher gingen seine Ausführungen von einer Eigentumsdemokratie aus.

Ich behaupte jedoch, dass eine Eigentumsdemokratie nicht den Anforderungen einer wohlgeordneten Gesellschaft entspricht. Dies liegt daran, dass die Eigentumsdemokratie ihre Mitglieder nicht hinreichend dazu befähigt, ihren Gerechtigkeitssinn im

1 Ich danke Hannes Kuch und Valentin Hopf für ihre wertvolle Unterstützung sowie den beiden anonymen Gutachter:innen der *Zeitschrift für Politische Theorie* für ihr hilfreiches Feedback.

2 Ich nutze die Abkürzung *Theorie* und beziehe mich auf die revidierte Fassung von *Theorie*, die der deutschen Übersetzung zugrunde gelegen hat.